



Herrn Präsident  
Jürgen Mandl, MBA  
Wirtschaftskammer Kärnten  
Europaplatz 1  
9021 Klagenfurt am WS

Klagenfurt, 03. November 2025

### **Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 25. November 2025**

#### **“Umfassende Entlastung der österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer – Abschaffung bzw. Reduktion überbordender Abgaben und Gebühren”**

Die österreichische Wirtschaft steht unter massivem Druck: steigende Energiepreise, hohe Inflation, Arbeitskräftemangel und eine immer größere Bürokratie gefährden die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Betriebe.

Statt echter Unterstützung wird die Wirtschaft durch immer neue Gebühren und Abgaben zusätzlich belastet. Diese Vielzahl an Belastungen trifft insbesondere den Mittelstand und das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft – die KMU.

Wenn die Regierung weiter zusieht, droht eine gefährliche Abwärtsspirale: weniger Investitionen, sinkende Beschäftigung, Verlust an Standortattraktivität. Daher ist eine umfassende Entlastungsstrategie nötig, die Abgaben senkt, Bürokratie abbaut und nationale Wettbewerbsnachteile beseitigt. Österreich braucht wieder Spielraum zum Wirtschaften.

#### **Die unterzeichneten Delegierten stellen daher folgenden Antrag:**

Dass im Wege der Wirtschaftskammer Österreich die Bundesregierung und die zuständigen Ministerien aufgefordert werden, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer spürbaren Entlastung der Unternehmerinnen und Unternehmer in Österreich führen.

Konkret fordern die Delegierten der Freiheitlichen Wirtschaft:

1. Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe für Unternehmen, da diese Betriebe doppelt belastet werden – einerseits über private Haushalte, andererseits über den Betrieb.
2. Reduktion der LKW-Maut durch Streichung der CO<sub>2</sub>-Zusatzkomponente und Überprüfung der Mauttarife im Hinblick auf deren Wettbewerbsverzerrung gegenüber ausländischen Transportunternehmen.
3. Aussetzung bzw. deutliche Senkung der Netzbereitstellungsgebühren für Strom und Gas, insbesondere für klein- und mittelständische Betriebe, bis die Energiekosten auf ein europäisches Normalniveau zurückgekehrt sind.

Wer Arbeitsplätze schafft, darf nicht durch Gebühren bestraft werden. Die Freiheitliche Wirtschaft steht für weniger Belastung, mehr Eigenverantwortung und echte Standortpolitik mit Hausverstand.

KommR Günter G. BURGER  
WP Delegierter

KommR Friedrich REINBOLD  
WP Delegierter Lin Stv